



tierschutz - aktuell

1. Kastenstände: Bundesrat beschließt den „Schweinekompromiss“

Am 3. Juli 2020 hat der Bundesrat beschlossen, die umstrittene Kastenstand-Haltung in der Schweinezucht für **mindestens weitere acht Jahre** zu erlauben. Entgegen den ganz klaren Forderungen des deutschen Ethikrates und trotz des Protestes der Tierschutz- und der Verbraucherorganisationen sowie zahlreicher Petitionen werden Muttersauen für weitere acht, im Abferkelbereich sogar fünfzehn Jahre in enge Metallkäfige gesperrt.

Illegale Haltung wird legalisiert

Mit dieser Entscheidung widersetzt sich der Bundesrat der deutschen Rechtsprechung, denn im November 2015 hat das Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt geurteilt, dass die Kastenstände im Deckzentrum viel zu eng sind (Magdeburger Urteil). **Die aktuelle Haltung verstößt bereits seit 1992 gegen den Tierschutz.** Anstatt geltendes Recht umzusetzen, hat der Bundesrat mit dem Kompromiss, der jetzt geschlossen wurde, die illegale Haltung legalisiert.

Fauler Kompromiss trotz lauter Kritik

Es ist schon erstaunlich (man könnte auch sagen: schizophren): **Nie war die gesellschaftliche Kritik an den tierquälerischen Zuständen in der Tier- und Fleischproduktion intensiver** und lauter, nie war die Aufklärung der Bürger über die Zustände in den Ställen und in den Schlachthöfen größer: Seit Corona ist die Öffentlichkeit über Tönnies und Westfleisch informiert. Dennoch setzen sich die Parteien mit dem C im Namen durch und die Grünen, die immerhin in elf Bundesländern mitregieren, stimmen dem sogenannten Kompromiss zu, ja, sie haben ihn sogar initiiert. Und sie feiern ihn als großen Erfolg, als Systemwechsel!

Ein Wechsel im System?

Glaubt man den Grünen, dann bewegt sich jetzt endlich etwas. Ein trauriges Wortspiel, denn für die Sauen im Kastenstand ändert sich heute und in den nächsten acht Jahren erst einmal gar nichts. Für den Verein Tierrechte Ahrensburg ist klar: Wieder einmal wurde das Recht der Realität angepasst, **die Tiere bleiben auf der Strecke.** Nachzutragen bleibt, dass dieser faule Kompromiss zwischen Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ausgehandelt wurde und dass immerhin zwei Bundesländer dagegen stimmten (Sachsen-Anhalt und Berlin).

In Wahrheit: Verschlechterung der Haltungsbedingungen

Der Spiegel bringt es in einem Artikel vom 2.7.2020 auf den Punkt: „Dieses ärmliche Ergebnis einen Kompromiss zu nennen, gehört wohl zur Kunst der Politik. Dass die Grünen in einigen Bundesländern der Mut und die Kraft fehlt, sich gegen ihre Koalitionspartner zu behaupten, ist die eine Sache. Aber dass sie sich an der Verschlechterung der Haltungsbedingungen

beteiligen, und sei es nur für eine Übergangszeit, ist schlicht ein Armutszeugnis.“

Sonntagsreden helfen den Tieren nicht, auch nicht solche, die auf den Internetseiten grüner Regierungsmitglieder stehen! Als geradezu heuchlerisch bezeichnet auch Karl Lauterbach das Verhalten:



Karl Lauterbach  @Karl_Lauterbach · 3. Juli

Wenn es nur nicht eine so schreckliche Qual wäre. Der Mensch zerstört Tier und Umwelt in immer grösserem Umfang und redet vom Gegenteil. Alle Parteien sind hier schuldig. Aber: [@JuliaKloeckner](#) verkörpert diese Heuchelei in perfekter Form...



Volker Quaschnig @VQuaschnig · 2. Juli

Ich bekomme den Mund nicht mehr zu:
Alle regen sich über die Fleischskandale in Deutschland auf und nun werden unwürdige Haltungsbedingungen im Bundesrat auch noch legalisiert.
Eine erbärmliche Allianz von [@CDUCSUbt](#), [@JuliaKloeckner](#) und [@Die_Gruenen](#)

spiegel.de/wirtschaft/soz...



113



453



2.787



Hoffnung auf Ergebnis der Normenkontrollklage

Unsere Hoffnung ruht jetzt auf der Normenkontrollklage Berlins. Hier geht es darum, dass „zentrale rechtliche Anforderungen an die Schweinehaltung in der deutschen Landwirtschaft unvereinbar mit dem Tierschutzgesetz und deshalb verfassungswidrig“ sind. Das Urteil wird 2021 erwartet.

Bis dahin setzen wir uns weiter für artgerechte Tierhaltung ein, denn die Abstimmung des Bundesrates ist für uns schlichtweg inakzeptabel!

2. „Bei Tönnies fließt wieder Blut“ (16.07.2020 Deutschlandfunk)

Schon am letzten Samstag hatten Mitglieder des Bündnisses „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ am Hauptstandort von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück gegen die Massentierhaltung protestiert. Vier Aktivisten besetzten zeitweise das Dach des Betriebs und brachten dort ein Transparent mit der Aufschrift „Shut Down Tierindustrie“ an. Weitere Demonstranten blockierten die Hauptzufahrt der Fleischfabrik und verlangten auf Transparenten „Schlachthäuser schließen!“ und „Schluss mit der Ausbeutung von Mensch, Tier, Natur“.

Die Laster voller Schweine, die vor der Corona-Krise in Rheda-Wiedenbrück bis zu 30.000 Tiere pro Tag zur Schlachtung karrten, rollen seit Donnerstag wieder. Nach der fast einen Monat dauernden Schließung von Deutschlands größtem Schlachtbetrieb hat die Stadt Rheda-Wiedenbrück am Mittwoch verfügt, dass der Betrieb wieder anlaufen darf. Die ersten 6.000 Schweine wurden am Donnerstag geschlachtet.

Doch Aktivistinnen und Aktivisten von Greenpeace machen mit einer spektakulären Aktion zur Wiedereröffnung deutlich, dass es nach der Zwangspause nicht einfach weitergehen darf wie bisher. Mit motorisierten Gleitschirmen landen zwei Aktivisten am Morgen auf dem Dach des Hauptgebäudes und fordern auf einem 7 mal 14 Meter großen Banner, dass sie neben dem Firmenlogo an der Fassade ausrollen: „Schluss mit dem Schweinesystem!“.

3. Tiertransporte in Risikogebiete

Gestern wurde bekannt, dass trotz Verbots Rinder aus Schleswig-Holstein in sog. Risikogebiete, in denen keine EU-Tierschutzstandards gelten, transportiert wurden. Außerdem bestehen auf den Routen dorthin keine funktionierenden Ruhestationen, die aber vorgeschrieben sind.

Eine Recherche des NDR fand heraus, dass die Exporteure die Tiere zu Sammelstellen anderer Bundesländer (Brandenburg und Niedersachsen) gebracht haben, von denen immer noch abgefertigt wird.

Wir fordern ein bundeseinheitliches Verbot solcher Tiertransporte!